Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 69. Montag den 10. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 7. März, Abends 8 Uhr. Im Konferenzsaale der Legislativen war eine sehr aufgeregte Stimmung. Minister Vaïsse erklärt, daß die Nationalgarden-Wahlen am 25. mit allgemeinem Stimmrecht stattfinden werden. Die Kommission will auch bei diesen Wahlen das Gesetz vom 31. Mai angewendet wissen. Eine desfallsige Interpellation ist auf morgen angekündigt. — Der Kassationshof hat die Zuchtpolizeigerichte für Preßvergehen kompetent erklärt. Carlier ist nach Paris zurückgekehrt. — Die Budget-Kommission ist jetzt vollständig, drei ihrer Mitglieder gehören der Opposition an.

Stettin, 8. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 30½, pr. Mai 31½, pr. Juni 32 Gld. — Rüböl 10, pr. Herbst 10⅔ Geld. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23¾ Geld.

Hamburg, 8. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen fester gehalten. — Roggen flau. — Kaffeemarkt unverändert. — Zink 1000 Ctnr. loco und 4500 Centn. pr. Frühjahr 9⅝.

Paris, 7. März, Nachmittags 5 Uhr. 3pCt. 58. 5pCt. (Coupon detaché) 94, 25.

** Telegraphische Depesche.

Ratibor, 9. März, 10 Uhr 15 Minuten Vormitt. Nach eingegangenen Nachrichten liegt der Wiener Postzug wegen starkem Schneefall bei Prerau fest, und dürfte vor Nachmittag 4 Uhr nicht in Oderberg eintreffen.

Derselbe wird daher heut nur noch bis Ratibor befördert werden, um Anschluß an den Morgen früh 10 Uhr von hier abgehenden Vereinszug zu erreichen.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Achtunddreißigste Sitzung vom 8. März.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung: 11 Uhr 15 Minuten.

Tagesordnung: 1) Nochmalige Abstimmung über den Antrag der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats. 2) Desgleichen über den revidirten Gesetzentwurf, betreffend das Disziplinarverfahren gegen richterliche Beamte. 3) **Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über den Antrag des Abg. v. Görtz und Genossen, und einige Petitionen, betreffend die Regulirung des Oderstromes.** 4) Nachträglicher Bericht der Kommission für das Justizwesen, betreffend den von derselben vorgeschlagenen § 9 a zu der Verordnung über die Diäten, Reisekosten und Kommissionsgebühren der Justizbeamten, sowie das zu demselben gestellte Amendement des Abg. Geßler und Genossen. 5) Bericht der Agrarkommission über die Petitionen des Rittergutsbesitzers Munth zu Lauenburg, betreffend die Deklaration des § 97 des Gesetzes vom 2. März 1850. 6) **Bericht des Centralausschusses über den Antrag des Abg. v. Vincke und Genossen, die Bildung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage des Landes betreffend.**

Am Ministertische die Herren v. Manteuffel, v. d. Heydt und v. Westphalen.

Die Tribünen sind heute außerordentlich zahlreich besetzt. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Ein Urlaubsgesuch wird erledigt.

Der Abg. Dewitz hat wegen anhaltender Kränklichkeit sein Mandat niedergelegt. Die beiden ersten Gegenstände der Tagesordnung werden durch wiederholte Annahme der betreffenden Vorlagen erledigt.

Abg. Steinbeck als Berichterstatter erhält das Wort über den dritten Gegenstand der Tagesordnung und führt aus, daß der Antrag des Abg. v. Görtz keine außerordentliche Belastung des Budgets verlange; eben so wenig könne man ihm den Vorwurf machen, daß er bloße Partikularinteressen verfolge, da es sich um ein Unternehmen handle, was mehreren Provinzen und damit auch dem ganzen Lande zu Gute kommen würde. Die Initiative der Kammer sei überdies nur formeller Natur, da die Regierung die Nothwendigkeit der Regulirung bereits anerkannt habe. Der Redner wendet sich dann der materiellen Seite der Frage zu und begründet die Argumente des Berichts für die Regulirung.

Der Handelsminister: Die Regierung habe allerdings die Wichtigkeit der Oder-Regulirung anerkannt und bereits den Willen an den Tag gelegt, energisch damit vorzugehen; indessen sei es bedenklich, wie der Antrag thue, im Voraus eine bestimmte Summe als Minimum der jährlich aufzuwendenden Kosten festzusetzen; eine Annahme des Antrages würde eine Menge ähnlicher Anträge zur Folge haben, wie ja z. B. bereits ein nicht minder dringlicher Antrag auf Unterstützung des Chausseebaues in Ostpreußen vorliege. Die Regierung müsse sich daher gegen den Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Gestalt erklären.

Abg. v. Bodelschwingh erkennt die Wichtigkeit der Oder-Regulirung an, zieht aber in Zweifel, daß sie im Verhältniß zu andern Unternehmungen so groß sei, als der Berichterstatter sie darstelle. Außerdem führt der Redner aus, wie gefährlich es sein würde, wenn die Kammer die Initiative für einen Gesetzentwurf ergreife, der sich nicht auf die Interessen des ganzen Landes, sondern nur eines Theils beziehe; auf diesem Wege würde es sehr bald zu Kammerkoalitionen für Partikularinteressen kommen; ein vollständiger Gesetzentwurf sei übrigens keine rein formelle Initiative. Noch müsse er darauf aufmerksam machen, daß auf diese Weise bei einem Konflikte der Interessen des westlichen und östlichen Theils der Monarchie der erste immer im Nachtheil sein werde. Er stimme deshalb entschieden für Verwerfung des Antrags.

Abg. Möcke für den Antrag und hebt nochmals durch eine Darstellung der schlesischen Zustände die Wichtigkeit der Oderregulirung hervor.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Abg. Falk hat ein vermittelndes Amendement gestellt, **wonach die Kammer in Anerkennung der Wichtigkeit der Frage die Erwartung aussprechen solle, daß die Staatsregierung bald die nöthigen Vorlagen über Beschaffung der nöthigen Geldmittel machen werde.**

Nachdem der Antragsteller Abg. v. Görtz und der Berichterstatter nochmals die Gründe für die Annahme des Antrages resumirt, geht die Kammer zur Abstimmung über. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird nicht ausreichend unterstützt.

Unterdessen sind noch die Minister v. Rabe, v. Stockhausen und Simons eingetreten.

Der Antrag des Abgeordneten v. Görtz wird verworfen. Das Amendement des Abg. Falk wird angenommen. Damit ist der Kommissionsantrag, welcher lautete:

§ 1. Zur nothwendigen Herstellung der vollen Schiffbarkeit des Oderstromes sind die erforderlichen Stromregulirungen, Wasserwerke und Uferbauten auf Kosten des Staates auszuführen.

§ 2. Die nöthigen Geldmittel von überschläglich Einer Million und fünfmalhunderttausend Thaler sind
für das Baujahr 1851 aus dem Extraordinarium zu entnehmen, welches in dem Staatshaushalts-Etat dieses Jahres zu außerordentlichen Land- und Wasserbauten mit Einer Million Thaler ausgebracht ist;
für die fernere Bauzeit aber dadurch zu beschaffen, daß eine selbstständige Exigenz vorläufig und überschläglich in einem Minimum von 250,000 Thlr. für diesen Zweck alljährlich und bis zur vollendeten Regulirung des Stromes auf den Etat des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten übernommen wird,

verworfen.

Die Kammer geht zu dem vierten Gegenstand der Tagesordnung über. Die Kommission hat die Annahme des zur nochmaligen Prüfung zurückgewiesenen § 99 und die Verwerfung des Amendements der Abgeordneten Geßler und Genossen empfohlen.

Der Justizminister erklärt sich mit dem Kommissionsantrage einverstanden, der demnach auch nach kurzer Diskussion angenommen wird.

Die Kammer geht zu dem fünften Gegenstand der Tagesordnung über.

Die Petition des Rittergutsbesitzers Munth hat eine Deklaration des § 97 des Gesetzes vom 2. März 1850 dahin lautend:

die Ablösbarkeit der Reallasten, so wie die Regulirungsfähigkeit der noch nicht zu Eigenthum besessenen Stellen ist, ohne Rücksicht auf früher abgegebene Willens-Erklärungen, auf Verjährung oder früher darüber ergangene Judikate, lediglich nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes zu beurtheilen,

beantragt. Die Agrar-Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Regierungskommissär Regierungsrath Schellwitz erklärt sich für den Kommissionsantrag. Nach einer längeren Diskussion, an der sich der Abg. v. Kleist-Retzow für den Antrag des Petenten betheiligte, wird der Antrag der Kommission angenommen.

Die Kammer geht zu dem letzten Gegenstande der Tagesordnung über. Abg. v. Bodelschwingh als Berichterstatter verweist auf den Bericht. Abg. v. Winzler erhält das Wort gegen den Antrag des Abg. v. Vincke. In einem Vortrage, der nochmals die Heiterkeit der Versammlung hervorruft, spricht er sich indessen eigentlich für den Antrag, aber zugleich für den Uebergang zur Tagesordnung aus. Die Kammer müsse den Vermittler zwischen der Regierung und dem Volke machen.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antragsteller Abg. v. Vincke erhält das Wort:

Die Majorität scheine bereits festzustehen; trotzdem halte er es für seine Pflicht, das Wort zu ergreifen, das im Lande hoffentlich ein Echo finden werde. Es handle sich bei dieser Frage allerdings um Thatsachen, denn die Lage des Landes sei ein thatsächlicher Zustand. Allerdings sei es der Gebrauch der Regierung, über schwebende Verhandlungen keine Auskunft zu geben; aber die Verhandlungen in Warschau und Holstein wären längst abgeschlossen. Man habe gesagt, es sei überflüssig, eine besondere Kommission zur Untersuchung der Lage des Landes niederzusetzen, weil bereits Kommissionen zur Untersuchung der einzelnen Fragen niedergesetzt wären; aber gerade die Anhänger des Ministeriums würden zugeben müssen, daß die Regierung von gewissen Prinzipien ausgehe, daß sie ein System habe; sei dies der Fall, so lasse sich das System nur im Zusammenhang übersehen. Es sei zwar der Gebrauch der Majorität, auf die Diskussion der materiellen Fragen zu vertrösten, wenn man eine Untersuchung der allgemeinen Politik der Regierung verlange, aber er frage, ob bei der Diskussion des Budgets und der übrigen materiellen Fragen die Majorität auf eine solche Beleuchtung der Lage des Landes eingegangen sei? Es heiße da immer nach dem alten Spruch: Morgen, morgen, nur nicht heute! Die Kommission sei auf die materiellen Gründe seines Antrags nicht eingegangen; er müsse darauf zurückkommen. Der Redner geht nun zu einer Begründung seines Antrages über, auf die wir morgen zurückkommen.

Resultat der Abstimmung: **228 für, 41 gegen** Uebergang zur Tagesordnung.

Berlin, 8. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem ordentlichen Professor in der philos. Fakultät der Universität zu Berlin, geheimen Bergrath Dr. Weiß, den rothen Adler-Orden 2ter Kl. mit Eichenlaub; so wie dem Eingesessenen Gemeinderath-Mitgliede Damian Kratzenberg zu Brand im Landkreise Aachen, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den bisherigen Obergerichts-Assessor Laué zu Naugard zum Staatsanwalt bei den Kreisgerichten zu Naugard, Greifenberg und Kammin zu ernennen.

(Militär-Wochenblatt.) Gueinzius, Gen. Major a. D. und Vorsteher des Kriegs-Ministerial-Büreaus, zum Direktor des Militär-Oekonomie-Departements, Messerschmidt, wirkl. geh. Kriegsrath vom Kriegsminist., zum Vorsteher der 2. Abth. des Militär-Oek.-Depart., unter Beilegung des Prädikats eines Gen. Proviantmeisters, ernannt. v. Graurock, Haupt. v. 23. Inf. Reg., zum Direktor der 12. Divis.-Schule und Präses der Exam.-Kommission für P. Fähnrichs ernannt. v. Wins I., Sek. Lt. vom 20. Inf. Reg., als milit. Inspektor zur Ritter-Akademie in Liegnitz kommandirt. Mannkopff, Major, mit Belassung in dem Verhältniß als etatsmäßiger Stabsoffizier u. Komp. Chef im Berliner Kadetten-Hause, mit Wahrnehmung der Funktionen eines Studien-Direktors des Kadetten-Korps, bis auf Weiteres beauftragt. v. Sommerfeld, Major, aggr. dem 29. Inf. Reg., unter Versetzung ins Kriegsminist., zum Vorsteher der geh. Kriegs-Kanzlei ernannt. Großherzog von Oldenburg, königl. Hoheit, Chef des 13. Inf. Regts., zum General der Infanterie ernannt. Gr. v. Hopfgarten, P. Fähnr. vom 7. Inf. Reg., zum 6. Ulan. Reg. versetzt. v. Zittwitz, Hauptm. u. Adjut. der 13. Divis., zum Direktor der kombin. 13/14. Div.-Schule, so wie zum Präses der Exam.-Kommission für P. Fähnrs. ernannt.

Dasselbe Blatt enthält nachstehende allerhöchste Bestimmung: Ich bestimme, daß künftig die Offiziere der Linien-Kürassier-Regimenter bei Hofbällen, nicht mehr wie früher, im Leibrock mit langen weißen Beinkleidern, sondern im Koller mit langen weißen Beinkleidern zu erscheinen haben, und überlasse dem Kriegsministerium, hiernach die weitere Bekanntmachung an die Armee. Berlin, den 20. Februar 1851. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) v. Stockhausen.

[Der neueste Notenwechsel zwischen Preußen und Oesterreich.] Die preußische Note, welche jetzt von Wien her beantwortet worden ist, traf am 2. März dort ein. Nach dem „Const. Bl. a. B." war der Inhalt dieser Note ein ziemlich unbestimmter. Das Berliner Kabinet berief sich auf die Olmützer Stipulationen, und glaubte, die jetzigen Forderungen Oesterreichs als damals weder vorausgesehen noch ausgesprochen und jedenfalls als übertrieben betrachten zu müssen, zugleich hoffend, daß Oesterreich von ihnen im Interesse des gemeinsamen Wollens abstehen werde. Die österreichische Antwort scheint sich keineswegs auf das Verlangen beschränkt zu haben, gewisse einzelne Punkte näher präcisirt zu sehen. Man ist nach dem langen Schriftwechsel doch wohl endlich dahin gelangt, sich ohne große Mühe wenigstens gegenseitig zu verstehen. *) Von preußischer Seite ist jetzt alles Gewicht auf die Präsidialfrage gelegt, und es ist bekannt, wie Oesterreich sich von Anfang an zu derselben gestellt hat. — Die „Spen. Ztg." sagt: Die Antwortnote der österreichischen Regierung ist dem Vernehmen nach nicht befriedigend ausgefallen, indem in Betreff sämmtlicher Kardinalpunkte die beiderseitigen Ansichten noch gerade wie zuvor von einander abweichen sollen. Ein Zurückgehen auf die alten Formen des Bundes, in dem Maße, daß die in Dresden gethanen Schritte ohne alles Ergebniß hinsichtlich der Reorganisation des Bundes blieben, soll der österreichische Minister nicht angemessen finden. Hinsichtlich des vielbesprochenen alternirenden Präsidiums erfährt man, daß der Fürst Schwarzenberg sich schwerlich zu einer Konzession in dieser Beziehung verstehen dürfte, dagegen soll derselbe auf der Aufnahme des gesammten Kaiserstaats in den deutschen Bund nach wie vor bestehen. — Der in der letzten Zeit sehr lebhafte Schriftwechsel zwischen Wien und den Hauptstädten der kleinen Königreiche soll namentlich den Zweck gehabt, diese zum Beharren auf dem schon in der bekannten Dresdner Plenarsitzung vorgebrachten Proteste gegen die einfache Herstellung des Bundestages noch fester zu vereinigen. (Dieser Notenwechsel zwischen den deutschen Großmächten wird vollkommen verständlich, nachdem die österreichische Circularnote, welche für die kleineren Staaten bestimmt wurde, bekannt worden ist. — Dieselbe folgt hier:)

Circular-Note

an die österreichischen Geschäftsträger und Agenten bei den kleineren deutschen Staaten.

Die Dresdener Ministerial-Konferenzen werden zufolge der Verabredung, die in der neulichen Plenarsitzung getroffen wurde, am 8. d. M. (?) zur Schlußverhandlung und Abstimmung über die Anträge Oesterreichs und Preußens wegen unverweilter Einsetzung der von der ersten Konferenz-Kommission vorgeschlagenen obersten Bundes-Behörde schreiten.

Die Einwendungen, welche schon in der erwähnten Plenar-Sitzung von mehreren Bevollmächtigten gegen diese Anträge gerichtet wurden, gestatten kaum die Hoffnung auf einen einstimmigen Entschluß der deutschen Regierungen. Da indessen diese Bevollmächtigten zugleich erklärten, daß sie für den Augenblick nur ihre persönlichen Ueberzeugungen auszusprechen vermöchten, indem die Ansichten ihrer Regierungen ihnen nur im Allgemeinen bekannt seien, so können ihre Aeußerungen uns nicht abhalten, uns unmittelbar gegen ihre Vollmachtgeber noch einmal über die Wichtigkeit der bevorstehenden Entscheidung auszusprechen.

Wenn in den Verhältnissen Deutschlands für die einzelnen Mitglieder des Bundes überhaupt Beweggründe liegen, dem Wohl des Ganzen Opfer zu bringen, — wie dies von Allen oft verkündigt wurde, und auch unsere innige Ueberzeugung ist, — so dürfte kaum einer unserer Verbündeten die Erkenntniß von sich weisen können, daß der gegenwärtige Stand mehr als jeder frühere die Mahnung enthalte, solche Opfer in der That zu bringen.

Man hat in Dresden, nach mühevollen Unterhandlungen, den Widerstreit der Ansprüche bis zu dem Punkte überwunden, daß in der dringendsten der vorliegenden Frage der Neugestaltung der vollziehenden Gewalt des Bundes, nicht nur die Stimmen der beiden Bundesmächte, die zugleich als europäische Mächte das Werk der Bundesrevision zu vertreten haben werden, sondern auch die Stimmen der ihnen in den Macht-Verhältnissen zunächst stehenden Bundesglieder, im Norden wie im Süden Deutschlands, für einen und denselben Vorschlag sich geeinigt haben. Es würde unstreitig in den Augen der Welt eine Erfahrung von sehr ernster Bedeutung sein, wenn unter Umständen, wie sie gegenwärtig in Deutschland und Europa vorwalten, ein solcher Vorschlag durch den Widerspruch anderer Stimmen vereitelt würde, die zusammen kaum mehr als den zehnten Theil der seitherigen Bevölkerung des Bundes darstellen.

Die Zeitverhältnisse sprechen wahrlich so laut zu der Einsicht und Vaterlandsliebe Aller, die Summe dessen, was im entscheidenden Augenblick durch Einigkeit zu gewinnen, durch längere Uneinigkeit zu verlieren ist, tritt allen ungetrübten Blicken so deutlich entgegen, daß wir beinahe gegen die Achtung, die wir unseren Bundesgenossen schulden, zu fehlen besorgen müßten, wollten wir uns zu Vorstellungen berufen glauben.

Was wir aber fordern können und müssen, ist eine freie, unabhängige, nicht in früheren Verwickelungen befangene Prüfung und Entscheidung. Nicht begierig, unfruchtbaren Streit zu erneuern, werden wir uns dann unsererseits gerne enthalten, zu fragen, wie es möglich und erklärlich sei, daß manche Regierungen, die unlängst unserer Einladung, die gesetzliche Grundlage für die Fortbildung des Bundesrechtes durch Berufung der Bundesversammlung wieder herzustellen, aus Besorgniß und Scheu vor der Wiederkehr vergangener Zustände und unter übertriebenen Vorwürfen gegen die Bundesverfassung jede Folge versagten, nunmehr für die einfache Rückkehr zu dieser Verfassung eifern, ja diesen Schritt auf jede Gefahr hin, der Einwilligung in einen Vorschlag vorziehen mögen, der die gesammte Macht der im Bunde vereinigten Staaten der Bundesgewalt gegen die inneren und äußeren Gefahren des Vaterlandes zu Gebote stellen würde.

Daß von einer solchen Einigung der gemeinsamen Kräfte in naher Zukunft das Heil, ja der Bestand des Bundes abhängig werden könne, läßt sich nicht läugnen; — es läßt sich aber nicht verbürgen, daß alsdann der günstige Augenblick, sie zu Stande zu bringen, noch nicht verloren sein werde.

Die gegenwärtige Lage der europäischen Verhältnisse bringt es mit sich, daß es mehr, als dies früher der Fall war, in der Hand der deutschen Regierungen liegt, die Erneuerung des Vertrages, welchen sie am 18. Juni 1815 abgeschlossen haben, mit den zur Erhöhung der gemeinsamen Kraft und Wohlfahrt erforderlichen Abänderungen allein unter sich zu beschließen. Aber Niemand ist im Stande zu verhüten, daß nicht bei längerer Fortdauer des Zwiespalts in Deutschland, neben anderen unvermeidlichen Folgen solcher Verschuldung, eine Sachlage hervorgerufen würde, in welcher zuletzt nur noch die Einmischung des Auslandes den endlichen Ausschlag geben könnte und würde.

Ew. rc. wollen die gegenwärtige Aeußerung als eine vertrauliche betrachten und sie auch nur als eine solche der Regierung, bei welcher Sie beglaubiget sind, ohne allen Verzug zur Kenntniß bringen.

Empfangen Dieselben die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Wien, den 2. März 1851.

gez. v. Schwarzenberg m. p.

[Ein diplomatischer Rückzug.] Der Wiener Lloyd enthält folgende diplomatisch abgefaßte, aus Berlin datirte Korrespondenz: „Berlin, 4. März. Man erfährt jetzt, daß der zeitige franz. Gesandte in Berlin, Herr Armand Lefebvre, und ebenso sein Vorgänger Herr v. Persigny mehreren Konferenzen beigewohnt haben, welche die Repräsentanten der drei verbündeten Großmächte in Paris, in der Schweizer Angelegenheit mit Herrn Brenier hatten, und daß beide mit ausgedehnten Vollmachten versehen worden sind; der erstere um diese Verhandlungen in Berlin, der letztere um sie in Wien weiter zu führen. Dieser Bereitwilligkeit, so wie auch sehr fester und ernster Erklärungen halber, die Frankreich in Beziehung auf die schon früher gegebene Versicherung, sich unter keinen Umständen in das Werk der neuen Konstituirung Deutschlands zu mischen, ist man auch, wenigstens für jetzt, ganz von dem Plane abgegangen, zur Verhütung oder Begegnung möglicher Eventualitäten, ein deutsches Schutzheer an den westlichen Grenzen aufzustellen; und selbst ein späteres Projekt, einen Theil desselben zu konzentriren und Front gegen die Grenzen der Schweiz machen zu lassen, bleibt ohne Ausführung, weil **bei einem vollständigen Einverständnisse mit der franz. Regierung in dieser Angelegenheit es keiner militärischen Demonstrationen, nur gemeinschaftlich betriebener diplomatischer erfordern wird, die Eidgenossenschaft bereitwillig zu machen, den Forderungen ein williges Gehör zu geben.** Auf diese hier vorgetragene Weise wurde gestern in einem unserer diplomatischen Salons das Thema dieser Tagesfrage lebhaft besprochen. Veranlassung dazu hatte besonders, wie wir hören, die in dieser Angelegenheit gemachte Sendung eines höheren Offiziers der Republik, des Obersten Callier an Herrn Lefebvre, gegeben."

Berlin, 8. März. [Tagesbericht.] JJ. MM. der König und die Königin werden vielleicht schon heute, jedenfalls aber in den ersten Tagen der nächsten Woche ihre Residenz wieder nach Charlottenburg verlegen und bis zum Mai dort verweilen. Die Aerzte haben für den Gesundheitszustand J. M. der Königin einen längeren Aufenthalt in Berlin nicht für rathsam erklärt. — Inzwischen werden, da nunmehr die Karnevalsfeste beendigt sind, die Verschönerungsbauten im hiesigen königlichen Schlosse, so wie der weitere Ausbau der Kapelle, die Malereien u. s. w., wieder stark in Angriff genommen werden. Es sind bereits die Anordnungen getroffen, daß diese Arbeiten sofort an verschiedenen Punkten beginnen und den ganzen Sommer hindurch eifrig fortgesetzt werden können. Bis zur völligen Vollendung der Schloßkapelle werden indeß noch zwei Jahre erforderlich sein.

Heute traf der diesseitige Bevollmächtigte bei der Dresdener Konferenz, Graf von Alvensleben, hier ein. Derselbe wird einige Tage hier verweilen, wie es scheint, um weitere Instruktionen einzuholen. (N. Pr. Z.)

Sicherm Vernehmen nach ist die schon länger als bevorstehend angekündigte Ernennung des Herrn Polizei-Präsidenten von Hinckeldey zum Regierungs-Präsidenten in Liegnitz nunmehr erfolgt. Jedoch wird nach dem ausdrücklichen Willen Sr. Maj. des Königs der gedachte Beamte vorläufig noch auf seinem hiesigen Posten verbleiben, bis die von ihm eingeleiteten Organisationen beendigt sind. Das Präsidium der Regierung in Liegnitz wird einstweilen der zum Regierungs-Vicepräsidenten ernannte bisherige Landrath Herr von Selchow kommissarisch übernehmen. (C. C.)

Der General-Lieutenant von Pfuel, früherer Ministerpräsident, hält sich seit einigen Tagen hier auf. Der liebenswürdige Greis erfreut sich ungeachtet seines hohen Alters — er zählt 72 Jahre — einer unverminderten Rüstigkeit.

Nach den Motiven des kürzlich eingebrachten Antrages: eine halbe Million jährlich zur Förderung des Chausseebaues in der Provinz Preußen zu bewilligen, befanden sich in dieser Provinz am Anfange des Jahres 1851 auf einem Flächenraume von 1,178 Quadratmeilen 202 Meilen fertiger Staats-Chaus-

*) Das Berliner C. B. sagt: „Der Unterstaatssekretär Werner ist unstreitig die Seele aller dieser österreichischen Spitzfindigkeiten."

seen, also eben nur das Doppelte von dem, was der Regierungs-Bezirk Düsseldorf bei einem um das Zwölffache geringeren Areale von $98\frac{1}{3}$ Quadratmeilen besitzt. In Folge der unzureichenden Kommunikationsmittel kommt es vor, daß ein Scheffel Kartoffeln an einem Orte 20 Sgr. gilt, während er wenige Meilen davon entfernt nur 5 Sgr. kostet.

Die Justiz-Kommission der ersten Kammer hat wieder eine Anzahl von Petitionen „erledigt". Es sind 31 Petitionen, fast sämmtlich von Magistraten und Landgemeinden. Bei 13 empfiehlt die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung, bei den übrigen die Abgabe an das Justizministerium, an welches sich die Petenten alle bereits gewandt hatten, bevor sie ihre Anliegen vor die Kammer zu bringen beschlossen. (C. B.)

Bei der in Folge Mandatsniederlegung des Herrn Staats-Ministers von Raumer am 7ten d. M. zu Frankfurt a. d. O. stattgefundenen Ersatzwahl zur ersten Kammer ist Se. Excellenz mit 24 gegen 5 Stimmen wiedergewählt worden. Die letzteren fielen auf den Appellationsgerichts-Präsidenten Scheller.

Bei der am 4ten d. M. in Gumbinnen abgehaltenen Wahl eines Abgeordneten zur ersten Kammer für den dortigen Wahlbezirk an Stelle des ausgeschiedenen Grafen von Kayserling-Rautenburg ist der Stadt-Schulrath Schulz in Berlin mit 5 gegen 4 Stimmen, welche der Kaufmann Brömer sen. zu Insterburg erhielt, gewählt worden.

Am 6ten d. M. kamen hier 433 Personen an und reisten 437 ab. Angekommen: der königl. großbritannische Kabinets-Courier Moore von Wien. (C. C.)

Der Stadt Bonn ist die Genehmigung der Ministerien der Finanzen und des Innern zur Erhebung einer für die Kommunalbedürfnisse des laufenden Jahres erforderlichen Summe von 14,442 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf. im Wege der Einkommensteuer ertheilt worden. (C. C.)

Magdeburg, 7. März. [Rückmarsch.] Am 10. d. M. wird eine Abtheilung österr. Infanterie von 800 Mann — aus Holstein nach Böhmen zurückkehrend — auf der Wittenbergeschen Eisenbahn hier ankommen und an demselben Tage die Reise bis Leipzig fortsetzen. Diese Durchzüge werden in gleicher Art und Zahl bis zum 14. d. M. dauern. (M. C.)

Posen, 7. März. Gestern rückte das erste und das Landwehrbataillon des 11. Regiments, von Breslau kommend, hier ein.

Deutschland.

Dresden, 8. März. [Die Konferenzen.] Die Sachverständigen bei der dritten Kommission der Ministerialkonferenz haben gestern und heut Berathung gehalten und ihre Arbeiten vollends bis zum Abschluß ihres ersten Gutachten gefördert. — Der königl. preußische Staatsminister a. D. Graf v. Alvensleben ist auf einige Zeit nach Berlin gegangen. (Dresd. J.)

Frankfurt, 6. März. [Tagesneuigkeiten.] In der letztern Zeit herrscht wieder eine größere Thätigkeit in der Bundesversammlung und der provisorischen Bundescentralkommission, und bei der letztern namentlich in dem Referate für das Kriegswesen. — Seit einigen Tagen werden bei der hiesigen französischen Gesandtschaft Pässe für Straßburg und Frankreich nur mit großer Umsicht ertheilt. — Dem auch in hiesigen Kreisen verbreitet gewesenen Gerüchte, Hassenpflug sei in den österreichischen Freiherrnstand erhoben worden, wird von gut unterrichteter Seite widersprochen.

Herr Schöff und Syndikus Dr. Harnier, den Familienangelegenheiten nach Frankfurt führten, wird nächsten Sonnabend wieder nach Dresden zurückkehren. — Herr v. Blittersdorf ist von Karlsruhe hier wieder eingetroffen. — Auch Heinrich v. Gagern weilte dieser Tage in unserer Stadt. — Die uns hier gestern Mittag angekündigte Ankunft des Prinzen Carneval, der nebst zahlreichem Gefolge auf der Taunus-Bahn von Mainz ꝛc. hier ankommen sollte, ist durch die Dazwischenkunft der Polizei nicht erfolgt. (Frkf. J.)

**** Kassel,** 7. März. [Tagesbericht.] Die Obergerichts-Anwalte Schwarzenberg und Henkel, Mitglieder des bleibenden landständischen Ausschusses, sind heut Morgen nach 8 Uhr durch die Untersuchungs-Kommission des Kriegsgerichtes, verhaftet und in das Kastell abgeführt worden. Nach § 81 der kurhessischen Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831 ist der bleibende landständische Ausschuß verpflichtet, den Vorstand des Ministeriums des Innern, wenn er die zeitige Einberufung der Ständeversammlung unterläßt, wegen Hintenansetzung dieser verfassungsmäßigen Pflicht bei dem Ober-Appellations-Gerichte anzuklagen. Nach § 83 derselben Verfassungs-Urkunde muß im Falle der Auflösung des Landtages die Einberufung innerhalb der nächsten sechs Monate erfolgen. Diese Frist war am 2. März abgelaufen. Der bleibende Ausschuß ist seiner Verpflichtung nachgekommen und hierin erblickt man lediglich den Grund der Verhaftung der Mitglieder desselben. Dem Professor Bayrhoffer zu Marburg wird wahrscheinlich dasselbe Schicksal bevorstehen.

Hamburg, 7. März. [Militärisches.] Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog Leopold übernimmt von heute an den Befehl des hier in Hamburg liegenden österreichischen Corps. — In den nächsten Tagen werden uns die beiden jetzt hier liegenden Bataillone des Regiments Nugent verlassen; dagegen wird das dritte Bataillon desselben Regiments hier einrücken und einquartiert werden. — Heute Mittag zog wieder eine Abtheilung Windischgrätz-Chevauxlegers durch die Stadt. (B.-H.)

Mölln, 7. März. Nachdem seit gestern durch die Entfernung der im Steinhorster Amt noch gelegenen vier Eskadrons Windischgrätz-Chevauxlegers und der im Schwarzenbecker Amt verbliebenen Artillerie, welche über Hamburg nach der Altonaer Gegend marschirt sind, das Lauenburgische von den österreichischen Truppen gänzlich geräumt war, traf so eben hier von Lübeck die unerwartete Nachricht ein, daß die dort stehende Brigade unter General Martini schon morgen ihren Rückmarsch nach der Heimat antreten werde. Diese Truppen, bestehend aus dem Erzherzog Albrecht Regiment, dem ersten Tiroler Jäger-Bataillon und zwei Batterien, rücken aus Lübeck in vier Abtheilungen und nehmen ihr erstes Nachtquartier in Mölln, wo in vier Tagen täglich ein Bataillon eintrifft, setzen sodann ihren Marsch zur Erreichung der Berlin-Hamburger Eisenbahn nach Schwarzenbeck fort, von wo aus, wie es heißt, sie sich über Magdeburg und Dresden vorläufig nach Böhmen begeben werden. (H. C.)

Kopenhagen, 5. März. Wie bekannt, kam der Kammerherr und außerordentliche Regierungs-Kommissar v. Tillisch am 1. d. nach Kopenhagen, wie es allgemein hieß, um mit der Regierung über die bevorstehende Wahl von Notabeln aus Dänemark, Holstein und Schleswig Rücksprache zu treffen. Man will jetzt wissen, daß er im Verein mit unserer Regierung diese Wahl getroffen hat, und zwar in der Weise, daß Holstein und Dänemark 4, Schleswig dagegen 9 Notabeln stellen, eine Zahl, die den früher veröffentlichten Bedingungen entspricht, indem die für Schleswig erwählten an Zahl den von Dänemark und Holstein zusammen erkorenen gleich kommen, auch für die Verhinderung etwaniger Stimmengleichheit Sorge getragen ist. Wie verlautet, werden die Notabeln nach dem Schlusse des jetzigen Reichstages, welcher vorläufig auf den 20. März anberaumt ist, in Kopenhagen zusammentreten, und sollen angehalten werden, in der möglichst kürzesten Frist ihre Arbeit zu beendigen. (H. C.)

Oesterreich.

N. B. **Wien,** 8. März. [Tagesbericht.] Gestern früh um halb 7 Uhr ließ der Kaiser Allarm schlagen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, binnen welcher Zeit die Garnison bewaffnet versammelt sein würde. Der Kaiser selbst erschien um halb 7 Uhr ohne alle Begleitung auf dem Versammlungsorte, um sich persönlich von der Zeit des Eintreffens der einzelnen Truppengattungen zu überzeugen. Binnen 20 Minuten standen 12000 Mann schlagfertig da. Der Kaiser gab als Beweis seiner Zufriedenheit, vom Feldwebel abwärts eine dreitägige Gratislöhnung. — Se. Durchlaucht der Hr. Feldmarschall Fürst Windischgrätz ist gestern von Prag hier angekommen. — Die Verzögerung der Ankunft des neuen preußischen Gesandten, Grafen Arnim, steht mit der Ernennung des Nachfolgers des Herrn v. Prokesch in Verbindung. — Das Gerücht, daß in nächster Zeit Durchmärsche österreichischer Truppen durch Dresden zu erwarten seien, kann dahin berichtigt werden, daß man allerdings der bald zu erfolgenden Zurückziehung eines Theiles der jetzt in Holstein und Lauenburg befindlichen österreichischen Truppen entgegensieht, und daß in diesem Falle die Etappenstraße für die rückkehrenden Oesterreicher über Dresden verlegt werden dürfte. — **So viel man vernimmt, beabsichtigt das österreichische Kabinet sich eine Etappenstraße nach Schleswig-Holstein frei zu halten.** — In einer Versammlung der katholischen Bischöfe soll beschlossen worden sein, am Throne des Kaisers die flehentliche Bitte niederzulegen, daß nicht nur die in Haft gehaltenen katholischen Geistlichen, welche unwillkürlich in den Strudel der Bewegung mit fortgerissen wurden, sondern alle politischen Verbrecher, welche noch im Kerker weilen, amnestirt werden mögen. — Bei der an 114 Offizieren neuerlich erfolgten Amnestie wird auch Folgendes erzählt: Als dem Kaiser nach seinem Befehl eine Liste der in Kategorien eingetheilten abgeurtheilten Offiziere vorgelegt wurde, strich der Monarch die Namen der darin zur Begnadigung vorgeschlagenen Offiziere der ungarischen adeligen Garde eigenhändig mit dem Bemerken durch: „Es mögen wohl viele dieser unglücklichen Offiziere durch den Drang der damaligen Zeiten und traurigen Umstände veranlaßt worden sein, sich in den Strudel der Revolution zu werfen und die Waffen gegen ihren Herrn zu ergreifen. Allein die ungarischen Gardisten waren nie in dieser Lage. Sie haben den Eid, ihren König in seiner Burg bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen, gröblich verletzt und doppelten Verrath begangen." Nach dem Einzug der ungarischen Deputirten mit Kossuth an der Spitze, im Mai 1848, verließen nämlich diese Edelleute nach und nach einzeln den Hof und schlossen sich der Insurrektion an. — Die bewaffnete Macht des Fürstenthums Serbien wird um zehn Bataillone verstärkt und Grenzregimenter gebildet, wie solche in der österreichischen Militärgrenze bestehen.

Großbritannien.

(*) London, 6. März. [Das neu rekonstituirte Kabinet] versammelt sich täglich, um sich über die Modifikationen zu verständigen, durch welche es die Annahme der vorgeschlagenen Maßregeln bei dem Unterhause durchzusetzen hofft. Ich habe bereits gemeldet, welche wichtige Veränderungen an der antipapistischen Bill vorgenommen werden. Auch das Budget ist der Gegenstand langer und mühsamer Berathungen im Schoße des Ministeriums.

Die neue Steuer, welche das Gouvernement auf die Häuser zu legen gedenkt, wird als so unbillig betrachtet, daß sie wahrscheinlich ganz wird zurückgezogen werden müssen. Einige rathen dem Schatzkanzler, die Fenstersteuer abzuschaffen und auch die neue Steuer auf die Häuser nicht einzubringen. Allein dies würde 750,000 Pf. absorbiren und den Schatzkanzler nöthigen, sein Projekt mit der Amortisation der Staatsschuld aufzugeben.

Die Land-Partei, welche bei der Motion Disraelis das Gouvernement beinahe geschlagen hat, scheint entschlossen, die Feindseligkeiten wieder zu eröffnen, trotzdem sie selbst kein Gouvernement zu Stande bringen konnte. Sie erwartet mit Ungeduld die Einbringung des neuen Budgets. Wenn das Gouvernement die Aufhebung der Fenstersteuer nachgiebt, woraus den Pächtern fast gar kein Vortheil erwächst, so wird Disraeli behaupten, daß die ländlichen Interessen weit eher ein Recht auf die Erleichterung der Abgaben haben, als die Städte, deren Wohlstand so sehr gerühmt wird. Disraeli bereitet eine Motion in diesem Sinne vor.

Das Gouvernement, obgleich es nur durch eine Art Toleranz existirt, scheint jedoch keineswegs geneigt, um Gnade zu bitten. Der Muth Lord Russells ist unbeugsam, die Opposition zusammengesetzt aus den heterogensten Elementen, wird sich gerade nicht nachsichtig gegen das Kabinet zeigen, und so stehen denn lange und stürmische Debatten zu erwarten.

Gut unterrichtete Personen behaupten, daß nach dem stattgehabten Interregnum das Whig-Kabinet sich nicht mehr für verpflichtet halten wird, nach einer neuen Niederlage zurückzutreten. Es wird zur Opposition sagen: Ihr seid in der Lage, um uns zu schlagen, aber Ihr habt bewiesen, daß Ihr nicht im Stande seid uns zu ersetzen, und da doch Einer regieren muß, so haben wir die Wahl nicht mehr, Ihre Majestät und das Land ohne Gouvernement zu lassen.

Dieses Raisonnement wird genügen, um das Whig-Kabinet von jeder Anklage freizusprechen, aber es wird immerhin ein demüthigendes Schauspiel für das Land sein, ein stets geschlagenes und doch in der Gewalt verbleibendes Gouvernement zu haben.

Hoffentlich wird sich das Parlament diese nationale Kränkung in Gegenwart der zahlreichen Ausländer ersparen, für die in diesem Augenblicke so große Vorbereitungen gemacht werden. Im entgegengesetzten Falle würden jene Fremden keine günstige Idee von dem konstitutionellen Regimente Englands mit sich fortnehmen.

Das einzig konstitutionelle Mittel bei der gegenwärtigen Stellung der Parteien wäre eine Parlaments-Auflösung. Allein alle Politiker von Bedeutung, welche zu der Königin berufen wurden, erklärten sich gegen jetzt vorzunehmende Generalwahlen. Das Haupthinderniß hierbei ist ohne Zweifel, daß eine Parlaments-Auflösung der Industrie-Ausstellung einen großen Schaden zufügen würde, und die Königin nimmt ein zu großes Interesse an diesem großartigen Unternehmen.

Wird die Auflösung bis nach der Ausstellung verschoben, so finden die Generalwahlen im Herbste statt, und das neue Parlament versammelt sich alsdann wahrscheinlich im November wieder.

Die Kommissarien der verschiedensten Länder sind bereits hier eingetroffen; sie haben von den in dem Ausstellungs-Palais für die Produkte ihrer Nationen bestimmten Räume Besitz genommen, und die Kollis langen an. Mehr als 4000 Eintrittskarten für die ganze Dauer der Ausstellung sind bereits zu dem Preise von 3 Guineen verkauft.

Die kühnen Luftreisenden, der Herzog von Braunschweig und Hr. Green, sind zwei Stunden nach dem Aufsteigen durch eine Wendung des Windes genöthigt worden, sich in Gravesend, bei der Mündung der Themse niederzulassen. Bei günstigem Winde will der Herzog seine Luftreise von Neuem antreten.

Frankreich.

× **Paris,** 6. März. [Tagesbericht.] Der „Courrier Français" veröffentlicht heute folgende Ministerliste: Leon Faucher, Inneres; Fould, oder Ducos, Finanzen; Schramm, Krieg, Ferdinand Barrot, öffentlicher Unterricht, oder Auswärtiges; Magne, öffentliche Arbeiten; Royer, Justiz; Daru, Handel; Ch. Dupin, oder Ducot, Marine.

Diese Kombination scheint übereilt. Man spricht allerdings fortwährend von der Bildung eines definitiven Kabinets; allein was man erfährt, bewegt sich doch immer in einem und demselben Kreise. Der Präsident möchte gern zu den HH. Baroche, Rouher und Fould zurückkehren, und diesen dann auch Hrn. Odilon Barrot beigesellen. Allein Letzterer nimmt Anstand, sich mit Ministern zu alliiren, die zwei Mißtrauensvota von der Majorität des Parlaments erhalten haben. Die Folge hiervon ist, daß der Präsident das provisorische Kabinet beibehält.

Die Kommission zur Prüfung des Budgets ist vollständig gewählt; es sind heute mehre Mitglieder der Linken zugelassen worden.

Die Organe der legitimistischen und der orleanistischen Partei wechseln fortwährend die heftigsten Artikel in Betreff der Fusion, uud bedeuten sich gegenseitig, daß über diese Annäherung kein Verständniß mehr möglich sei.

Aus Rom wird von einem Zwiespalt geschrieben, der zwischen einem Theile des dortigen diplomatischen Korps und der französischen Gesandtschaft wegen der Wohnung des Papstes entstanden ist. Seitdem die Franzosen die Engelsburg besetzt halten, haben mehre Kardinäle und Diplomaten den Papst zu bewegen gesucht, den Vatican zu verlassen, der unter die Drohung der französischen Kanonen gestellt ist. Der Papst, aufgefordert von dem französischen Gesandten, widerstand bis jetzt und hatte überhaupt keine Lust, nach dem Quirinal zurückzukehren, das während der Belagerung der Stadt theilweise als Lazareth benutzt worden ist. Die Schritte des diplomatischen Korps sind aber nun drängender geworden, die Remontrancen der französischen Gesandtschaft peremptorischer, und der Papst weiß nicht, wem er folgen soll.

Schweiz.

Basel, 3. März. [Verschiedenes.] Das Fest der dreijährigen Unabhängigkeit Neuenburgs (Revolution vom 1. März 1848) wurde in allen Theilen jenes Kantons mit mehr oder minder aufrichtiger Theilnahme begangen, am rauschendsten in den Bergen, trotzdem ein ungeheurer Schneefall und eine für diese Jahreszeit noch nicht erlebte Kälte (in Chauxdefonds erfroren in der Nacht vom 1. d. M. mehrere Menschen im Freien) die freie Natur nicht eben einladend machte. — Die Petition gegen Fortschaffung des letzten Flüchtlingsrestes zirkulirt in allen wälschen Kantonen. Es scheint aber, daß der Bundesrath nicht davon abgehen werde, um in der zweiten Streitfrage (Neuenburg) desto fester auftreten zu können. — Brosi von Bündten ist als eidgenössischer (Epurations-?) Kommissär nach Tessin gereist. Die meisten dortigen Flüchtlinge sind aber schon seit geraumer Zeit ins Piemontesische gegangen, wo auf Englands Rath die österreichische Forderung mit dem Bemerken abgewiesen wurde, daß man geborne Italiener nicht als Flüchtlinge, sondern nur als Mitbürger betrachten könne. (Frkf. J.)

Omanisches Reich.

O. C. **Serajewo,** 27. Februar. Die in der Kraina begonnene Insurrektion scheint auch dort ihr Ende nehmen zu sollen. Die Abtheilungen der Insurgenten sind, neuesten Nachrichten zufolge, bis Wraczar-Vakup auf der einen, bis Pridor oder Banjaluka auf der andern Seite vorgedrungen. Was die Kraina in Kurzem von den ebenso energischen, als umsichtigen Maßregeln Omer Pascha's zu gewärtigen hat, ist vorherzusehen. Dem Kampfe zum Grunde lag die grenzenlose Habsucht der Aristokratie, die Rebellion war für den Feudalismus, die Unterdrückung. Die Christen erwarten von der Einführung wohlwollender Reformen Erleichterung ihrer furchtbar gedrückten Lage. — Nirgends, in keiner Provinz der europäischen Türkei wird der christliche Glaube mehr verfolgt, als in Bosnien. Während die Raja's in Rumelien überall ihre Gotteshäuser bauen und ihren Gottesdienst frei ausüben können, während selbst in Anatolien das Kreuz z. B. bei Begräbnissen öffentlich herumgetragen wird, und der Geistliche in seinem Kirchengewande öffentlich auftreten darf, ist daran in Bosnien gar nicht zu denken, Der Druck gegen die Christen ist enorm. Es ist daher widersinnig, wenn man der Bewegung panslavistische Gelüste unterschiebt. Kavas Pascha, Ibrahim, Ali Kedic, die Pascha's von Mostar, Tuzla und Zwornik, wären wirklich traurige Koriphäen des Slaventhums!

Provinzial-Zeitung.

*** Görlitz,** 8. März. [Schreiben des Kardinal-Fürstbischofs von Breslau.] Wenn ich nicht irre, habe ich Ihnen bereits im vorigen Jahre zu seiner Zeit den durch die hiesige Stadtverordneten-Versammlung in Uebereinkunft mit dem Magistrate gefaßten Beschluß: der hierselbst für die katholische Gemeinde im Bau begriffenen Kirche ein Glockengeläute zu überweisen, mitgetheilt. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde ein hierauf bezügliches Schreiben Sr. Eminenz des Kardinal-Fürstbischofs von Breslau vorgelesen, welches an den Magistrat ergangen, und dessen Wortlaut folgender ist:

„Durch den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist mir unterm 12. d. M. die hocherfreuliche Mittheilung geworden, daß die geehrte Stadtverordneten-Versammlung von Görlitz in der Konferenz vom 22. November v. J. ihren katholischen Mitbürgern „aus freiem Antriebe einen Beweis ihrer christlichen Nächstenliebe" durch die Beschaffung der Glocken für die im Bau begriffene katholische Kirche darbringen wolle.

Es gereicht meinem Herzen zur trostreichsten Beruhigung, der geehrten Stadtverordneten-Versammlung für diesen edlen Beschluß hierdurch meinen lebhaftesten Dank auszusprechen.

Ich kann meinen Diözesanen in Görlitz nur Glück wünschen, einem Gemeinwesen anzugehören, dessen Vorsteher von solch edler Gesinnung beseelt werden.

Ein so beispielvolles Wirken kann nicht ohne glückliche Erfolge bleiben. So oft die neue Kirche mit harmonischer Stimme zu des Menschen heiligstem Geschäfte rufen wird, muß ein dankbares Gefühl für Alle, deren treue Beihülfe den Mitgliedern dieser Kirche des Lebens beste Segnungen vermittelt hat, Herz und Geist zu jenen höheren Harmonien stimmen, welche durch den Glockenruf bedeutungsvoll vorgebildet werden. — Mögen die Segnungen dieser Harmonie fort und fort die Stadt Görlitz und ihre Bewohner beglücken.

Breslau, den 25. Februar 1851.

Kardinal und Fürstbischof
(gez) Melchior.

An
Einen Wohllöblichen Magistrat
in
Görlitz.

Waldenburg, 8. März. [Unglück.] Am 4. d. M. Nachmittags stürzte der invalide Kürassier-Unteroffizier Reiß zu Ober-Salzbrunn in den sog. Salzbach und fand durch eine absolut tödtliche Verletzung des Rückenmarks in der Nähe des Kopfes augenblicklich seinen Tod. Der herbeigerufene Medico-Chirurgus Richter fand die Anstellung von Wiederbelebungs-Versuchen unter solchen Umständen für ganz nutz- und zwecklos. — Am 27. v. Mts. wurde auf dem zu Ober-Waldenburg gehörigen sogen. Butterberge ein gänzlich unbekannter männlicher Leichnam in dem Alter von circa 30 Jahren, an einem Baume hängend, aufgefunden. Derselbe muß schon längere Zeit dort gehangen haben, da Gesicht und Hände von Thieren nicht unbedeutend angefressen waren. Etwas Näheres hat sich über den Erhängten nicht ermitteln lassen. (Geb.-Bl.)

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 8. März.) Vorgestern wurden in Potsdam die diesjährigen Soireen Sr. k. H. des Prinzen Friedrich Karl durch ein Maskenfest beschlossen, zu welchem S. k. Hoheit sämmtliche Offizier-Corps der Garnison befohlen hatten. Unter den verschiedenartigsten Charaktermasken, unter denen auch „Tante Voß" die „Neue Preußische", die „Wehrzeitung" ꝛc. ihre Vertreter fanden, bemerkte man ein Orchester, aus Dilettanten bestehend, die in den buntesten Kostümen, wovon besonders das des Dirigenten sich auszeichnete, bekanntere heitere Musikpiecen mit höchster Präcision und vollem Beifalle der Anwesenden exekutirten. Eine komische Scene aus den „Fliegenden Blättern", bei welcher S. k. H. mitwirkten, sowie das bekannte pas des deux aus Robert und Bertram vermehrten die allgemeine Heiterkeit. Bei dem Souper hatte der Major v. Geyer des Garde-Husaren-Regiments die Ehre, unter donnerndem Zuruf der Gesellschaft den Toast auf Seine Majestät den König und das königliche Haus auszubringen. Der Redner knüpfte in Versen, die jedoch Ihrem Berichterstatter nicht zugänglich geworden, an das Gefecht bei Wiesenthal an, wo bekanntlich der Prinz Friedrich Karl den Beweis geliefert, daß die Erbtugend der Hohenzollern „Heldensinn" — auch Höchstihm als unverkürztes Erbe zu Theil geworden. Nach dem Souper fanden auf einem besonders hierzu eingerichteten Theater noch einige Aufführungen statt; neben manchem Scherzhaften und Komischen auch eine Scene zwischen einem entlassenen Landwehrmann und Trainsoldaten, die ein kleines patriotisches Lied der Gesellschaft vortrugen. (N. Pr. Z.)

Die noch aus dem Jahre 1848 her übelberüchtigten „Katzenmusiken" scheinen wieder in Mode kommen zu wollen, denn vor einigen Tagen hat man dem Polizei-Kommissarius v. Uechteritz zu Moabit eine solche gebracht. Die zahlreichen Theilnehmer bestanden aus Arbeitern und Handwerkern, die in Moabit wohnen. Die Polizeibehörde hat bereits mehrere der nächtlichen Musikanten in Verhaft genommen, damit gegen sie die Anklage nach § 1 des Tumultgesetzes vom 17. Aug. 1835 erhoben werden soll.

Einige Bordelle erster Klasse, nach dem bekannten Polizei-Reglement eingerichtet, sollen seit einigen Tagen gleichfalls eröffnet sein, und glaubt man diese traurigen Nothwendigkeiten allmälig auf eine angemessene Weise regeln zu können, obschon gleichzeitig von anderer Seite wieder jene religiösen Bedenken, welche die Aufhebung dieser Anstalten herbeigeführt und deren Wiederzulassung so lange verhindert haben, in einer Art geltend gemacht werden sollen, daß eine nochmalige Wiederaufhebung nicht außer den Grenzen der Möglichkeit zu liegen scheint. (C. Z.)

— (Erfurt, 5. März.) General v. Radowitz hat heute in der monatlichen Sitzung der hiesigen königl. Akademie der gemeinnützigen Wissenschaften einen sehr anziehenden Vortrag gehalten. Da bei der Einladung zu diesen Sitzungen jedesmal bekannt gemacht wird, wer den Vortrag hält, so hatte natürlich dieser berühmte Name die Mitglieder der Akademie in großer Anzahl zusammengerufen. Nicht nur sämmtliche hiesige Mitglieder hatten sich eingefunden, sondern auch die von Weimar und Gotha waren herbeigekommen, so daß sich eine außergewöhnlich große Versammlung gebildet hatte. Herr v. Radowitz sprach in einem freien Vortrag, welchen er nur durch ein Notizblatt unterstützte, über die Geschichte der celtischen Völkerschaften in Europa, indem er die bisherigen Forschungen über diesen Gegenstand in ihren Resultaten zusammenfaßte, und dann vorzüglich auf die Darstellung des celtischen Alterthums in England überging, bei welcher er zum Theil aus eigener Anschauung sprechen konnte. Er ging dabei selbst auf detaillirte Nachweisungen aus den Religionsansichten dieser Völker, so wie aus ihrer Literatur, namentlich der poetischen, ein. An den Schluß seines sehr inhaltsreichen, klar geordneten und fließenden Vortrages knüpfte sich noch ein langes gemeinsames Gespräch der Versammlung, in welchem Herr v. R. über den Gegenstand noch viele höchst interessante und belehrende Mittheilungen machte. (Magdeb. Corresp.)

— Am 29. Januar ging die Stadt Rangoon ganz in Flammen auf, was dadurch sehr erklärlich wird, daß die Häuser fast sämmtlich aus Holz gebaut sind. 2000 Häuser brannten nieder. **Zwei englische Meilen in die Länge, und eine englische Meile in die Breite dehnte sich das Flammenmeer aus,** was selbst einige Schiffe auf dem Flusse ergriff. Die übrigen Schiffe retteten sich nur dadurch, daß sie eiligst nach dem entgegengesetzten Ufer segelten. Das Zollhaus, in welchem ein großer Pulvervorrath sich befand, flog in die Luft und verbreitete Tod und Vernichtung in die ganze Nachbarschaft. Eine Menge Menschen haben bei dieser Katastrophe ihr Leben verloren, und Tausende sind ihrer Habe beraubt. Das Unglück entstand daher, daß ein Eingeborner, der aus Neugierde an das Ufer eilte, um ein eben angekommenes Schiff zu beschauen, einen Topf mit Oel auf dem Feuer ließ. In wenigen Minuten stand denn das ganze Haus in Flammen, und der starke Ostwind trieb die Flammen dann über die ganze Stadt hin.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

CC. **Berlin,** 8. März. Seitens der königl. großbritannischen Regierung ist von dem diesseitigen Gouvernement zum Gebrauche für das englische Parlament eine Uebersicht der jährlichen Durchschnittspreise des Weizens sowohl für eine jede der 8 Provinzen des preuß. Staats, als auch für die ganze preuß. Monarchie in den Jahren 1849 und 1850, und eine eben solche Uebersicht für den ganzen Staat vom Jahre 1828 ab erbeten worden.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.

Gutsbes. Oertzen aus Görlitz. Lieut. Simons aus Neisse. Lieut. v. Stranz aus Militsch. Sek. Fischer aus Berlin. Marine-Kapitän Michoski aus London. Gräfin v. Harrach aus Dresden. Marine-Kapitän Alléer aus Triest. Hof- und Kabinets-Kourier Wolff aus Wien. Kaufm. Rasecki aus Trachenberg. Kaufm. Birn aus New-York. Wirthsch.-Insp. Dröscher aus Puschkau.

Markt-Preise.

Breslau am 10. März 1851.

	feinste	feine	mittl.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	53	51	49	46	Sgr
Gelber dito	52	50	47	45	.
Roggen	43	41	39	37	.
Gerste	30	28	27	26	.
Hafer	25	23	22	21	.
Rothe Kleesaat	—	11	10	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	$10\frac{5}{6}$	$9\frac{5}{6}$	6–8	Rtl.
Spiritus	$6\frac{3}{4}$ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 8. März. Bei geringem Geschäft stellten sich die meisten Course etwas niedriger, doch schloß es im Ganzen wieder fester.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden $3\frac{1}{2}$ % $100\frac{3}{4}$ bez., Priorität 5 % $103\frac{3}{4}$ bez. Krakau-Oberschlesische 4 % $74\frac{1}{2}$ Br., Priorität 4 % $86\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % $39\frac{3}{8}$, 39 à $\frac{1}{4}$ bez., Priorität 5 % $95\frac{3}{4}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$ % $83\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez. und Br., Priorität 4 % 95 bez., Priorität 5 % $103\frac{3}{4}$ bez. und Br., Serie III. 5 % 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % $26\frac{1}{2}$ Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$ % $116\frac{1}{4}$ bez., Litt. B. $3\frac{1}{2}$ % $10[illegible]\frac{1}{2}$ bez. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % $105\frac{1}{2}$ Br. Staats-Anleihe von 1850 $4\frac{1}{2}$ % $100\frac{5}{8}$ bez. Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$ % $85\frac{5}{8}$ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine $126\frac{3}{4}$ Br. Posener Pfandbriefe 4 % — — $3\frac{1}{2}$ % 91 Gld. Preußische Bank-Antheile $96\frac{1}{4}$ à 96 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % $94\frac{1}{2}$ Br., neue 4 % 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 82 Gld., à 300 Fl. 144 bez.

Wien, 7. März. Fonds sehr fest und Bank-, so wie Nordbahn-Aktien höher begehrt. In lombard. Anlehen und Schatzscheinen wenig Umsatz. Comptanten und Wechsel beinahe unverändert. Coupons $5\frac{3}{4}$ bis $6\frac{1}{4}$. Gewinnstloose v. 1839 wurden mit $2\frac{1}{4}$ % Agio bezahlt. Der Verkehr war im Ganzen beschränkt.

5 % Metalliques $96\frac{1}{2}$, $4\frac{1}{2}$ % $85\frac{1}{4}$; Nordbahn $132\frac{1}{2}$; Hamburg 2 Monat $190\frac{1}{2}$; London 3 Monat 12. 44.; Silber $129\frac{1}{4}$.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.